



- Beschluss -

<i>Einbringer</i>	
Politik	Der Präsident der Bürgerschaft

<i>Gremium</i>	<i>Sitzungsdatum</i>	<i>Ergebnis</i>
Hauptausschuss (HA)	22.05.2023	auf TO der BS gesetzt
Bürgerschaft (BS)	05.06.2023	geändert beschlossen

**Inhaltliche Stellungnahme der Bürgerschaft der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum
Bürgerentscheid "Verpachtung städtischer Flächen
zur Errichtung von Containerdörfern" nach § 17 (2)
KV-DVO M-V**

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die angehängte inhaltliche Stellungnahme zum Bürgerentscheid.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Stellungnahme nach Beschluss öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Anlage 1

Inhaltliche Stellungnahme der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Bürgerentscheid öffentlich



Egbert Liskow
Präsident der Bürgerschaft



Inhaltliche Stellungnahme der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Bürgerentscheid "Verpachtung städtischer Flächen zur Errichtung von Containerdörfern" nach § 17 (2) KV-DVO M-V

Ausgangslage

Am 24. März 2023 haben die Initiatoren des Bürgerbegehrens, nach eigenen Angaben, ca. 7.000 Unterschriften an den Präsidenten der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald übergeben. In diesem Bürgerbegehren forderten sie die Bürgerschaft dazu auf, einen Bürgerentscheid nach § 20 der Kommunalverfassung M-V zu folgender Frage durchzuführen: „Sind Sie dafür, dass im Eigentum der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stehende Grundstücke zwecks Errichtung von Containerdörfern zur Unterbringung von Geflüchteten an den Landkreis Vorpommern-Greifswald verpachtet werden?“. Daraufhin hat der Präsident eine Prüfung des Bürgerbegehrens bei der Stadtverwaltung beauftragt. Der Oberbürgermeister teilte dem Präsidenten am 13. April 2023 mit, dass das Bürgerbegehren sowohl das Quorum von 4.000 Unterschriften erreicht habe, als auch die rechtliche Zulässigkeit, wenn auch mit Bedenken, des städtischen Rechtsamts und der Rechtsaufsichtsbehörde besitze. Folglich hat der Präsident der Bürgerschaft am 20. April 2023 die Rahmenbedingungen für die Durchführung eines Bürgerentscheides nach § 20 (3) KV M-V vorgeschlagen, welche mit dem Abstimmungsdatum 18. Juni 2023 beschlossen wurden. Eine Voraussetzung für eine solche Durchführung ist eine inhaltliche Stellungnahme der Verwaltung und der Bürgerschaft.

Der Präsident hat entschieden, das Meinungsspektrum der gesamten Bürgerschaft einzufangen und jede Fraktion und jedes Einzelmitglied um eine Stellungnahme gebeten, die angehängt sind. In jeder Stellungnahme wird dargelegt, warum empfohlen wird, mit „JA“ oder „NEIN“ zu stimmen. Die vorliegende Stellungnahme bündelt die Argumente beider Seiten und bietet eine Zusammenfassung, die den Abstimmenden bei ihrer Entscheidung am Wahltag eine Hilfe sein soll.

Argumente für die Abstimmungsoption „JA“

- Unterstützt durch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion DIE LINKE & Partei MUT und die SPD-Fraktion

Die Fraktionen, die die Abstimmungsoption „JA“ empfehlen, betonen in ihren Stellungnahmen die Verantwortung Deutschlands und damit auch Greifswalds. Wegen externer Faktoren befinden sich Menschen auf der Flucht und sollen sowohl ihr Recht auf Asyl wahrnehmen, als auch solidarisch behandelt werden. Es wird die Verpflichtung der Stadt betont, Unterkünfte zu schaffen. Ausgehend von der Feststellung der Verpflichtung der Aufnahme durch zum einen wertebasierten Handelns und zum anderen rechtliche Verpflichtungen, stellen die Fraktionen fest, dass es eine Form der Unterbringung geben muss. Die Fraktion DIE LINKE & Partei MUT verweist explizit auf den Beschluss der Bürgerschaft vom 27.03.2023 (BV-P-ö/07/0292-02), in dem eine dezentrale Unterbringung priorisiert wird. Den Vorrang von dezentraler Unterbringung betonen alle Stellungnahmen, weswegen die Variante der Aufstellung von Containern als Notlösung betitelt wird. Diese Notlösung soll nur greifen, wenn alle anderen Optionen ausgeschöpft sind.

Weiterführend wird eine Limitierung der Unterbringung in Containern auf 100 Personen pro Standort ausgeführt. Ebenfalls soll dies zeitlich begrenzt und von intensiver Integrationsarbeit begleitet werden. So sieht bspw. die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN durch eine gelungene Integration eine Lösung für die aktuelle Arbeitsnachfrage. Die SPD-Fraktion schlägt zur zukünftigen Vermeidung von Containern die Einrichtung neuer Gemeinschaftsunterkünfte vor.

Letztlich betonen die drei Fraktionen die unbedingte Verhinderung der Schließung von Turnhallen. Ihrer Ansicht nach, würden durch ein Nein zur Unterbringung in Containern andere Möglichkeiten der Unterbringung gebraucht, die zum einen noch unpassender und zum anderen sozial problematischer wären. Integration in solchen Unterbringungsformen wäre herausfordernder.



Argumente für die Abstimmungsoption „NEIN“

- Unterstützt durch die CDU-Fraktion, die Fraktion BG/FDP/KfV, die AfD-Fraktion und die Einzelmitglieder Christian Kruse und Grit Wuschek

Das Einzelmitglied und die Fraktionen, die die Abstimmungsoption „NEIN“ empfehlen, begrüßen in ihren Stellungnahmen den Bürgerentscheid als demokratische Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Die AfD-Fraktion hebt in ihrer Stellungnahme heraus, dass ein solcher Bürgerentscheid die Hemmschwelle für weitere direktdemokratische Möglichkeiten senken wird.

Betont wird, dass die Migration ein deutschlandweites Phänomen ist und durch viele externe Faktoren bedingt wird. In allen Stellungnahmen werden vorgelagerte Institutionen für die Situation in Greifswald verantwortlich gemacht und verschiedene Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, die die kommunale Ebene zum Bedauern der Fraktionen nicht beschließen kann.

In den meisten der Stellungnahmen wird ein Kapazitätsproblem der Universitäts- und Hansestadt Greifswald thematisiert. Die CDU-Fraktion lobt ausdrücklich die Anstrengungen, die bereits in der Unterbringung von Geflüchteten gemacht wurden. Alle Stellungnahmen kommen jedoch zu dem Schluss, dass die Grenzen der Kapazität erreicht sind, vereinzelt wird sogar von einer Überlastung der möglichen Kapazitäten gesprochen. Aus den Darlegungen wird eine Bereitschaft zu Helfen deutlich, die allerdings eine faktische Grenze hat. Angesprochen werden sowohl die begrenzten verwaltungstechnischen Möglichkeiten, als auch die Folgen für die persönlichen Lebensumstände der Bevölkerung. Die Fraktion BG/FDP/KfV führt explizit aus, dass Container für sie keine menschenwürdige Unterbringungsform darstellen.

Als Schlussfolgerung kommen die abgegebenen Stellungnahmen zu der Einschätzung, dass eine Beantwortung der Frage des Bürgerentscheides mit „NEIN“ zu empfehlen ist. Hauptsächliches Argument der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion sowie des Einzelmitglied Christian Kruse ist die Signalwirkung, die ein solches Abstimmungsergebnis nach sich ziehen würde. In den Stellungnahmen liest sich ein klarer Symbolcharakter, der möglicherweise Entscheidungsprozesse auf vorgelagerten Ebenen beeinflussen könnte.

Zusammenfassung

Alle Einzelmitglieder und Fraktionen sind sich der Schwere und Tragweite der Situation bewusst. Aus jeder Stellungnahme liest sich die Tatsache, dass Greifswald als Kommune einen eingeschränkten Handlungsspielraum besitzt. Trotz alledem besitzt die Stadt eine rechtliche Verantwortung, die zugewiesenen Geflüchteten aufzunehmen. Die Stadt leistet in dieser Hinsicht schon einiges, darin sind sich alle Stellungnahmen einig. Weiterhin betonen alle, dass die vorhandenen Kapazitäten ausgereizt werden müssen. Die mögliche Unterbringung in Containern ist für alle Beteiligten eine schlechte Lösung.

Uneinigkeit herrscht in der Frage, wie verfahren werden soll, wenn die Kapazitäten ausgereizt sind und die Einrichtung von Containern möglicherweise notwendig wird. Während eine Seite auf Container als Notlösung zurückgreifen möchte, hält die andere Seite diese Lösung für nicht denkbar. Es zeigt sich ganz klar, dass es einen Dissens zu der Machbarkeit der Unterbringungsform gibt. Während auf der einen Seite von der Inanspruchnahme von Containern als Notlösung unter bestimmten Voraussetzungen gesprochen wird, ist es der anderen Seite wichtig, ein Signal zu senden, dass dies auf keinen Fall eine Option ist.

Die Entscheidung vor die die Bürgerinnen und Bürger gestellt werden, ist keine leichte. Die verschiedenen Stellungnahmen haben gezeigt, dass auch die Bürgerschaft momentan einen schweren Abwägungsprozess vornimmt. Die Bürgerinnen und Bürger müssen am 18. Juni 2023 ebenfalls eine solche Abwägung treffen und entscheiden, ob Container auf städtischen Flächen als Unterbringungsmöglichkeit für sie in Betracht kommen. Diese Stellungnahme mit den jeweils angehängten soll ihre Abwägung diesbezüglich unterstützen.

Anmerkung des Präsidenten

Frau Huhn, Herr Kerl und Herr Khalil haben keine Stellungnahme abgegeben.



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Fraktion in der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt
Greifswald

Stellungnahme zum Bürgerentscheid am 18.6.2023

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN empfiehlt allen Bürger*innen, sich beim Bürgerentscheid zu beteiligen und uneingeschränkt mit **Ja** abzustimmen.

Denn **Ja** bedeutet:

Ja zu Solidarität. Ganz grundsätzlich stellt sich die Frage nicht, ob man Menschen in Not hilft. Man hilft.

Greifswald ist eine weltoffene Stadt mit hervorragenden ehrenamtlichen solidarischen Strukturen. Die Greifswalder*innen haben schon oft bewiesen, wie gut, schnell und gerne sie Geflüchteten helfen können.

Ja zu menschenwürdiger Unterbringung. Wir alle, auch die Geflüchteten, brauchen menschenwürdige Unterkünfte. Deswegen haben wir sowohl den Landrat (Kreistagsbeschluss vom 27.2.23) als auch den Oberbürgermeister (Bürgerschaftsbeschluss vom 27.3.23) beauftragt, vorrangig dezentralen Wohnraum, also kleinere Wohnungen und Wohneinheiten in Nachbarschaft von anderen Menschen zur Verfügung zu stellen. Alle Bemühungen von Oberbürgermeister und städtischer Wohnungsgesellschaft zielen darauf ab und waren auch schon erfolgreich. Aber die Anzahl an Wohnungen ist begrenzt und die Renovierung braucht Zeit. Deshalb muss es erlaubt sein, als letzte Möglichkeit auch Container als kurzfristig zu nutzenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Ja zur Begrenzung der Anzahl von Geflüchteten an einem Standort. In der Bürgerschaft haben wir beschlossen, dass nicht mehr als 100 geflüchtete Menschen an einem Standort untergebracht werden sollen. Wir wollen Integration dadurch einfacher machen und soziale Kontakte ermöglichen. Wenn zu viele Menschen auf engem Raum zusammenleben müssen, steigt das Konfliktpotential. Dem wollen wir vorbeugen.

Ja für unsere Kinder und den Sport. Wer in dieser Situation gegen die Verpachtung städtischer Flächen eintritt, riskiert, dass Sporthallen belegt werden müssen. Aber das ist die schlechteste aller Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete und nachteilig für unsere Sportler*innen und Kinder. Es werden weiterhin Geflüchtete kommen und der Landrat wird nicht anders können, als auch unserer Stadt Geflüchtete zuzuweisen. Diese müssen untergebracht werden. Wenn dezentrale Wohnungen ausgeschöpft und keine Container möglich sind, muss der Landrat andere Unterkünfte in Greifswald finden. Dann werden Geflüchtete trotz Appell des Kreistages wahrscheinlich doch in Sporthallen untergebracht.

Ja zu einem konstruktiven Dialog. Kritik ist erlaubt, wenn sie in einem konstruktiven Rahmen, lösungsorientiert, gewaltfrei und wertschätzend geäußert wird. Solche Kritik muss gehört werden. Diffamierungen, Gewalt und umstürzlerische Hetze haben in einem demokratischen Dialog keinen Platz. Ja bedeutet Nein zu Gewalt und Hetze.

Ja zu Integration. Unser Arbeitsmarkt braucht Migration und gelungene Integration. Einige Geflüchtete werden bei positiver Aufnahme in unserer Stadt motiviert, hier zu bleiben und sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Wir haben mit unseren Beschlüssen an Land und Bund appelliert, unter anderem Bildungsangebote, medizinische Versorgung, Integrationsangebote auszubauen und diese ausreichend zu finanzieren.

Wer beim Bürgerentscheid mit „nein“ stimmt, zeigt Geflüchteten, dass sie in unserer Stadt nicht willkommen sind. Das schadet dem Ruf unserer Stadt, ist negativ für ihren Arbeitsmarkt und ermöglicht keinen guten Start für die Integration von Geflüchteten.

Alexander Krüger, Fraktionsvorsitzender

Stellungnahme der Fraktion zum Bürgerentscheid am 18.06.2023

Die Bürgerschaft hat sich mit Ihrem Beschluss vom 27.03.2023 (BV-P-8/07/02192-02) klar zur weiteren Unterbringung von Geflüchteten in Greifswald und den Rahmenbedingungen dazu positioniert.

Wir als Fraktion wollen, dass Menschen gar nicht erst gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen. Aber in der Welt geht es nicht gerecht zu. Ändern können wir das hier in Greifswald nicht, Menschlichkeit können die Flüchtlinge aber erwarten. Darum hat für uns die dezentrale Unterbringung der Geflüchteten Vorrang. Dazu sind bislang nicht vermittelbare Wohnungen zu sanieren, herzurichten und **langfristig** dem Wohnungsmarkt zuzuführen. Mindestens 100 einzelne Wohnungen wurden dafür bereits im Greifswalder Bestand identifiziert. Dafür haben wir uns schon mit eingesetzt (Bürgerschaftsbeschluss vom 27.03.2023) und leisteten damit auch einen Beitrag zur Bereicherung des städtischen Wohnungsmarktes.

Erst wenn die dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten ausgeschöpft sein sollten, kommen so genannte Containerbauten in Nutzung. Aber nur als temporäre Notlösung, und vor allem niemals für mehr als 100 Bewohner*innen je Standort.

Es ist für uns ein Selbstverständnis den Menschen einen sicheren Hafen zu bieten und unserer Aufgabe, Geflüchtete gut unterzubringen, nachzukommen. Eine JA-Mehrheit beim Bürgerentscheid ist auch für die grundsätzliche Attraktivität als Standort für Familien, Arbeitskräfte und Investitionen von elementarer Wichtigkeit.

Als sehr wichtigen Baustein sehen wir: Die Unterbringungsform muss Integration der Geflüchteten fördern und nicht behindern. Denn wenn wir keine weiteren Optionen für die Geflüchteten in Greifswald bieten können, werden eben doch wieder Turnhallen als Unterkünfte umgewandelt werden. **Genau das wollen wir nicht.**

Daher hilft in dieser Situation nur ein: **JA**, denn wir sind ...

... „dafür, dass im Eigentum der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stehende Grundstücke zwecks Errichtung von Containerdörfern zur Unterbringung von Geflüchteten an den Landkreis Vorpommern-Greifswald zur Verfügung gestellt werden“ ...

Ein **JA** im Bürgerentscheid ...

- ist ein JA zur Solidarität mit Geflüchteten!
- ist ein JA zum Recht auf Asyl!
- ist ein JA zu dezentraler Unterbringung!
- ist ein JA zur Klarheit gegen rechte Mobilmachung!
- ist ein JA zu menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten in Greifswald!
- ist ein JA zur guten Integration!
- ist ein JA zu einer Gesellschaft, die die Interessen sozial und finanziell benachteiligter Gruppen nicht gegeneinander ausspielt!

**Fraktionsstellungnahme zum
Bürgerentscheid am 18.06.2023**

Greifswald,
den 14. Mai 2023

Vorsitz
Dr. Jöm Kasbohm

stellv. Vorsitz
Birgit Socher
Robert Gabel

Geschäftsführung
Juliane Jahn
Anja Hübner

Geschäftsstelle
Lange Str. 13
17 489 Greifswald

Post
Postfach 33 47
17 463 Greifswald

Telefon
(0 38 34) 59 46 29

Internet
www.linksfraktion-greifswald.de

E-Mail
linksfraktion-greifswald@web.de

Bankverbindung
Volks- und Raiffeisenbank
DE95 1506 1638
0008 1940 50



CDU Bürgerschaftsfraktion • Markt 4 • 17489 Greifswald

An den Präsidenten der Bürgerschaft der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Rathaus / Markt
17489 Greifswald

Greifswald, den 10.05.2023

- Stellungnahme der CDU-Bürgerschaftsfraktion zum Bürgerentscheid am 18.06.2023 -

Sehr geehrter Herr Präsident,

die CDU-Bürgerschaftsfraktion begrüßt den Bürgerschaftsbeschluss vom 20.04.2023 zur Durchführung eines Bürgerentscheides am 18.06.2023 zu der Frage „**Sind Sie dafür, dass im Eigentum der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stehende Grundstücke zwecks Errichtung von Containerdörfern zur Unterbringung von Geflüchteten an den Landkreis Vorpommern-Greifswald verpachtet werden?**“ ausdrücklich. Die CDU-Fraktion empfiehlt den Greifswalder Wahlberechtigten bei diesem Bürgerentscheid mit „**Nein**“ zu stimmen.

Greifswald leistet bei der Unterbringung von Flüchtlingen bereits Erhebliches, deutlich über 2.000 Flüchtlinge sind in der Stadt sowohl dezentral wie in den mittlerweile drei Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Das Grundrecht auf Asyl und die Solidarität mit Kriegsflüchtlingen wie gegenwärtig aus der Ukraine sind in unserer Stadt unumstritten. Problematisch hingegen ist die derzeitige massive illegale Migration nach Deutschland und Europa aus Ländern, bei denen in den seltensten Fällen eine Bleibeperspektive besteht. Gleichzeitig werden viel zu wenig ausreisepflichtige Menschen auch wirklich abgeschoben. Notwendig wären eine Ordnung, Steuerung und auch Begrenzung der Einwanderung nach Deutschland sowie eine Rückführungsoffensive. Dies würde sowohl bei der Unterbringung wie bei der Integration dringend benötigte Kapazitäten wieder freimachen; und selbstverständlich müsste dann gar nicht erst über die Unterbringung von vielen hundert Flüchtlingen in Containerdörfern diskutiert werden. Leider zeigen sowohl die Bundesregierung wie die Landesregierung in diesen Fragen keinerlei Anzeichen einer echten Kursänderung. Die Belastungsgrenze Greifswalds und vieler anderer Kommunen in Deutschland ist nicht nur erreicht, sondern schon überschritten. Den Regierungen in Berlin und Schwerin muss deutlich signalisiert werden, dass die kommunale Ebene inzwischen überfordert ist und diese Überforderung auch nicht mit mehr Geld behoben werden kann, sondern nur durch eine Reduzierung der Zahl der auf die Landkreise bzw. Kommunen verteilten Flüchtlinge. Ein erfolgreicher Bürgerentscheid gegen die Bereitstellung von städtischen Grundstücken für Containerdörfer würde ein solches deutliches Signal darstellen. Letztlich gilt bei diesem Thema die zutreffende Aussage unseres ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck: „*Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich*“.

Mit freundlichen Grüßen,

Axel Hochschild
- Fraktionsvorsitzender -



Fraktion BG/FDP/KfV, Bürgerschaft Greifswald

Stellungnahme zum Bürgerentscheid

Für den Bürgerentscheid möchten wir als Fraktion „Bürgerliste Greifswald - Freie Demokratische Partei - Kompetenz für Vorpommern“ noch einmal unterstreichen, dass wir uns bewusst dazu entschieden haben, den Bürgern Greifswalds gegenüber keine Abstimmungsempfehlung auszusprechen. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Universitäts- und Hansestadt in der Lage sind, eine fundierte Entscheidung zu treffen, ohne dass wir eine entsprechende Abstimmungsempfehlung vorgeben. Mit diesem Vertrauen gehen wir davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger Greifswalds selbstständig, eigenverantwortlich und ohne Bevormundung über kommunalpolitische Entscheidungen mitbestimmen können und dazu auch in der Lage sind. Dafür steht auch der Leitspruch der Bürgerschaft „Suchet der Stadt Bestes“.

Die Vorschrift des § 17 Abs. 2 KV-DVO M-V (Kommunalverfassung MV), lautet allerdings: „Die von den Gemeindeorganen (§ 21 der Kommunalverfassung) vertretene Auffassung zu der gestellten Frage ist den Bürgerinnen und Bürgern so rechtzeitig vor dem Bürgerentscheid darzulegen, dass sie die maßgeblichen Argumente in ihre Entscheidung einbeziehen können.“

Um dieser Vorschrift gerecht zu werden, stellen wir fest, dass unsere Fraktion mehrheitlich die Auffassung vertritt, die Frage des Bürgerentscheids mit „Nein“ zu beantworten. Es ist unsere Überzeugung, dass die Unterbringung von Flüchtlingen, die ihre Heimat durch Flucht und Vertreibung verlassen mussten, in Containeranlagen menschenunwürdig ist. Aus diesem Grunde soll die UHGW keine Flächen zu diesem Zweck an den Landkreis verpachten, sondern eigene langfristig gedachte und dezentrale Lösungen finden, da zu erwarten ist, dass uns auch zukünftig Flüchtlinge erreichen werden, deren Aufnahme unsere Pflicht ist.

Seite 1 von 1

Stellungnahme der Bürgerschaftsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Greifswalder Bürgerschaft zum Bürgerentscheid am 18.06.2023

Wir, die sozialdemokratische Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft, rufen die Bürger*innen Greifswalds dazu auf, am 18.06.2023 im Wahllokal oder zuvor per Briefwahl am Bürgerentscheid teilzunehmen und die dort aufgeworfene Frage mit

„Ja“

zu beantworten.

Das Recht auf Asyl ist unantastbar!

Für die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion in der Greifswalder Bürgerschaft steht fest, dass es nicht nur das Recht flüchtender Menschen ist Schutz zu erfahren, sondern auch die Pflicht einer reichen und demokratischen Gesellschaft, wie sie Deutschland ist, diesen Schutz im Rahmen einer gemeinsamen gesellschaftlichen Kraftanstrengung zu gewähren. Innerhalb dieser Anstrengung muss Greifswald seinen Anteil leisten. Dabei ist eines klar: Das Asylrecht ist eine Lehre aus der deutschen Geschichte. Hieraus folgt, dass die Aufnahme von Menschen, die verfolgt und vertrieben werden, nicht an willkürlich gezogene Obergrenzen geknüpft werden kann. Die Forderung beispielsweise der CDU-Bürgerschaftsfraktion, dass hilfsbedürftige und schutzsuchende Menschen abgewiesen werden sollen, weil bereits „zu viele“ Menschen aufgenommen wurden, lehnen wir als ethisch und moralisch nicht vertretbar ab.

Es ist Aufgabe aller Akteure für menschenwürdigen Wohnraum zu sorgen!

Aus der Unantastbarkeit des Asylrechtes folgt für uns die Erkenntnis, dass die notwendigen Kapazitäten für die Unterbringung schutzsuchender Menschen geschaffen werden müssen. Dies wird nur gelingen, wenn alle politisch verantwortlichen Akteure verantwortungsvoll und zuverlässig zusammenarbeiten. Wahlkampfmanöver auf dem Rücken von Anwohner*innen und schutzsuchenden Menschen stellen hierbei einen Tabubruch dar, der als solcher benannt werden muss. Der Alleingang des Landrates, mit welchem er eine Containersiedlung für 500 Menschen in Greifswald vorschlug, war ein solches Manöver. Die Greifswalder SPD hat sich von Beginn an gegen ein solches Vorgehen ausgesprochen. Der Vorschlag musste zwangsläufig auch zu Empörung führen, welche seit Monaten von vielen Seiten genutzt wird, um populistisch Stimmung zu machen und durchschaubare Wahlkampfmanöver durchzuführen. Wir weisen ein solches Verhalten in aller Klarheit zurück und fordern alle Parteien und Gruppierungen dazu auf zur Sacharbeit zurückzukehren. Im Rahmen einer solchen Sacharbeit ist es Aufgabe der Greifswalder Stadtpolitik nicht über das „ob“, sondern über das „wie“ gelungener Aufnahme und Integration zu sprechen.

Kleine Containersiedlungen müssen als Notlösung zur Verfügung stehen!

Im Rahmen der bisherigen Sachdebatte, hat sich die sozialdemokratische Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft erfolgreich dafür eingesetzt, dass dezentrale Lösungen zur Unterbringung schutzsuchender Menschen in Greifswald absolute Priorität haben. Im Rahmen dezentraler Unterbringung verläuft Integration regelmäßig erfolgreich und ohne größere Konflikte und kann zur Bereicherung des städtischen Lebens beitragen. Deswegen werden auf Beschluss der Greifswalder Bürgerschaft bis zu 100 Wohnungen aus dem Bestand der WVG unter Einsatz von Fördermitteln grundständig saniert und als Unterkünfte zur Verfügung gestellt.

Dort wo aufgrund fehlender Kapazitäten eine dezentrale Unterbringung nicht oder nicht von Anfang an möglich ist, müssen Investitionen so getätigt werden, dass sie sich langfristig für die Stadt lohnen. Deswegen fordern wir, dass soweit neue Gemeinschaftsunterkünfte errichtet werden, diese so erbaut werden, dass sie langfristig nutzbar sind. Neben dem klassischen Bau von Gebäuden, kommt hier die sogenannte Modulbauweise als relativ günstige, aber langlebige Lösung in Frage.

Für alle Beteiligten ist also klar:

Die Errichtung von Containerunterkünften ist von allen bereits genannten Varianten die schlechteste und kann von niemanden dauerhaft gewollt werden. Trotzdem kann sie in gewissen Maßen kurzfristig notwendig sein, um sicherzustellen, dass allen schutzsuchenden Menschen zumindest ein Dach über dem Kopf haben. Deswegen hat die Greifswalder Bürgerschaft mehrere Flächen benannt, auf welchen nur im absoluten Notfall Containersiedlungen für bis zu 100 Bewohner*innen errichtet werden können.

Endet der Bürgerentscheid mehrheitlich mit der Antwort „Nein“, dann steht diese Option nicht mehr zur Verfügung. Im Notfall wird dies bedeuten, dass dann die noch schlechtere Variante gewählt werden muss: Die Belegung der Greifswalder Turnhallen. Das dies für den Greifswalder Sport und besonders für junge Menschen nach den Entbehrungen der globalen Covid-19-Pandemie eine Katastrophe darstellen würde, muss hier nicht weiter erläutert werden.

In Greifswald ist kein Platz für rechten Populismus!

Aus den oben genannten Gründen rufen wir alle Bürger*innen auf mit „Ja“ zu stimmen. Den Initiatoren*innen der Bürgerentscheides geht es nicht darum die beste Lösung für unser Greifswald zu finden. Es geht ihnen aus unserer Sicht auch nicht um die Frage von Containerunterkünften. Mit dem Bürgerentscheid soll im Gegenteil durch die Hintertür eine symbolische Grundsatzabstimmung über den Umgang mit schutzsuchenden Menschen sowie den Charakter Greifswalds als weltoffene Stadt und sicherer Hafen herbeigeführt werden. Diesen Versuch gilt es als Greifswalder*innen gemeinsam in aller Klarheit zurückzuweisen.

Dr. Andreas Kerath

Fraktionsvorsitzender

Inhaltliche Stellungnahme von Nikolaus Kramer, Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft, zum Bürgerentscheid in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nach § 17 (2) KV-DVO M-V

Die AfD-Fraktion wird die Frage "Sind Sie dafür, dass im Eigentum der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stehende Grundstücke zwecks Errichtung von Containerdörfern zur Unterbringung von Geflüchteten an den Landkreis Vorpommern-Greifswald verpachtet werden?" mit *Nein* beantworten und diese Antwort dementsprechend auch empfehlen.

Wir sind der Überzeugung, dass unabhängig vom weiteren Verfahren eine Verneinung der Frage über den lokalen Bezug hinaus nicht nur deutlich werden lässt, dass die deutsche Migrationspolitik in der einheimischen Bevölkerung auf erhebliches Missfallen stößt, sondern dass damit auch ein weithin sichtbares Signal dafür gesetzt wird, dass viele die Ressourcen Deutschlands schlicht für ausgeschöpft halten.

Sich gegen die Verpachtung von Grundstücken der Hansestadt an den Landkreis auszusprechen, hat zwei Aspekte. Zum einen ist man konkret gegen genau diese Maßnahme, zum anderen ist das ein legitimer, demonstrativer Akt mit Strahlwirkung.

Wir vertreten die Auffassung, dass es sich hier zwar tatsächlich auch, aber eben nicht nur um einen demonstrativen Akt handelt. Denn unserer Rechtsauffassung nach würde die Ablehnung der Verpachtung die Möglichkeit weiterer Bürgerentscheide eröffnen, bevor man die Bürger vor neue vollendete Tatsachen stellen könnte. Dann würde sich dieses Ereignis als nicht bloß punktuell, sondern im besten Wortsinn zukunftsweisend offenbaren.

Es bleibt unabhängig vom Ausgang des Begehrens bereits das Zustandekommen des Bürgerentscheids grundsätzlich als Erfolg zu werten, weil er Ausdruck elementarer demokratischer Prozesse ist. Die Bürger haben gremien- und vertretungsunabhängig die Möglichkeit, ihrer Position Ausdruck zu verleihen. Dass es Bürgern durchaus möglich ist, neben den in der Regel repräsentativen Abläufen auch unabhängig von Parteien oder Institutionen aktiv an Entscheidungsprozessen mitzuwirken, sie sogar selbst zu initiieren, halten wir für einen Selbstzweck und das Verfahren für einen Gewinn an sich.

Selbstredend bleiben wir bei unserer konkreten Argumentation, dass neben allen grundsätzlichen Fragen, die legitim sein müssen – wie denjenigen nach der kulturellen, religiösen und sprachlichen Ausrichtung von Kommunen, Land und Bund – die strukturellen und finanziellen Grenzen der Verträglichkeit auch in der Hansestadt erreicht, zum Teil überschritten sind.

Nikolaus Kramer, Fraktionsvorsitzender

Christian Kruse
Bürgerschaft
Fraktionslos

Greifswald, d. 25.04.2023

Stellungnahme des Einzelmitglieds Christian Kruse zum Bürgerentscheid

Das Problem, was Kommunen und Landkreise zunehmend haben und nun auch hier in Greifswald zu einem Bürgerentscheid geführt hat, ist die ungesteuerte Zuwanderung durch die Politik der Bundesregierung. Zuwanderung und Fluchtursachenbekämpfung muss auf europäischer bzw. internationaler Ebene diskutiert und gesteuert werden. Nationale Alleingänge wie in Deutschland, deren Folge eher zu einer Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme führt, wird in absehbarer Zeit zu unhaltbaren Zuständen führen und kann nicht im Sinne des friedlichen Zusammenlebens sein.

Ginge es nur um Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention, wäre die Ausgangslage eine ganz andere. Auch der 2. Absatz des im Grundgesetz verankerten Artikel 16 (Drittstaatenabkommen) wird in Diskussionen zur Flüchtlingsproblematik unzureichend berücksichtigt.

Letztendlich wird deutlich, dass diese Politik nur durch Druck der Bevölkerung, die die Folgen dieser politischen Fehlentscheidungen ausbaden muss, gestoppt werden kann.
Darum lautet meine Empfehlung zum Bürgerentscheid –NEIN–.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Kruse

ANMERKUNG der Kanzlei der Bürgerschaft:

Herr Kruse hat am 25. April 2023 seine handschriftliche Stellungnahme an die Kanzlei der Bürgerschaft übergeben. Im Sinne der Barrierefreiheit wurde die Stellungnahme digital durch den Leiter der Kanzlei übertragen.

Das Original ist jederzeit in der Kanzlei der Bürgerschaft einsehbar.



SN

GRIT WUSCHEK

EINZELMITGLIED DER BÜRGERSCHAFT

GRIT WUSCHEK

Hugo-Helfritz-Straße 1a
17489 Greifswald
grit.wuschek@web.de
0151 17264926

UNIVERSITÄTS- U. HANSESTADT GREIFSWALD

**DER OBERBÜRGERMEISTER • KANZLEI DER BÜRGERSCHAFT •
POSTFACH 3153 • 17461 GREIFSWALD**

Greifswald, 21.05.2023

Stellungnahme Bürgerentscheid am 18.06.2023 des Einzelmitgliedes Grit Wuschek

Am 18.06.2023 findet ein Bürgerentscheid statt, zur Frage:

Sind Sie dafür, dass im Eigentum der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stehende Grundstücke zwecks Errichtung von Containerdörfern zur Unterbringung von Geflüchteten an den Landkreis Vorpommern-Greifswald verpachtet werden?

Ich stimme mit NEIN!

Wichtig ist das Bewusstsein, dass es bei dem Bürgerentscheid NICHT um die Frage der Solidarität geht, solidarisch sind wir alle! Sondern es geht ausschließlich um die Frage der Verpachtung von Grundstücken zur Errichtung von Containerdörfern. Diese Art der Unterbringung ist für mich nicht nur menschenunwürdig, sondern vor allem nur eine temporäre Lösung. Genauso wie eine Unterbringung in Sporthallen, Kitas etc., wo ein nächstes Bürgerbegehren bereits in Arbeit ist. Jede Art von Hilfe muss menschenwürdig sein und eine WIRKLICHE Hilfe sein. Um das zu bewerkstelligen und zu analysieren, habe ich einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, wo ich um Ermittlung der derzeitigen Kapazitäten bat. Konkret: wieviel Sozialarbeiter, Wohnungen, Ärzte, Dolmetscher etc. können wir vorweisen. Anhand einer solchen Analyse kann ohne Gefährdung der derzeitigen Versorgungssituation der Greifswalder sowie ohne Schüren von Konfliktpotential wirkliche Hilfe angeboten werden. Dafür und für direkte Basisdemokratie stehe ich und bitte alle Greifswalder zur Wahl zu gehen und mit NEIN abzustimmen. Grit Wuschek, Dipl.-Jur.